

Fachausschuss „Schulentwicklung“
der Deputation für Bildung

Sitzungsprotokoll der 8. Sitzung

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
16.04.2008	08.15 Uhr	11.00 Uhr	R. 120/122 Rembertiring

Teilnehmer/innen:

s. anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

- TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung
- Top 2 Genehmigung des Protokolls vom 01.04.2008
(entfällt, da außer der Anhörung lediglich kurze Terminkorrekturen vorgenommen wurden)
- Top 3 Umgang mit Eingaben von Verbänden, Schulen, Schulleitungsgruppen an den
Fachausschuss bzw. die Senatorin für Bildung und Wissenschaft
(s. aktuelle Liste als Tischvorlage)
- TOP 4 „Merkmale guter Schule“
- TOP 5 Empfehlungen zum Schulentwicklungsplan
a) Frühes Lernen
b) Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund
c) Qualitätsentwicklung von Unterricht – Umgang mit Heterogenität
(s. Vorlage 9)
- TOP 6 Verschiedenes

Frau Senatorin Jürgens-Pieper eröffnet die Sitzung und nimmt vor Eintritt in die Tagesordnung Stellung zur Kampagne der CDU „Bremen Gymnasien-Schutzgebiet“ und ihrer Klarstellung der Presse gegenüber, dass die Koalitionspartner nicht vorhaben, die Gymnasien aufzulösen. Sie verweist darauf, dass sie sich nur wegen dieser Kampagne verpflichtet gefühlt habe, an die Presse zu treten und eine Richtigstellung der Aussagen der CDU vorzunehmen. Ansonsten fühle sie sich weiter der bisherigen Arbeit des Fachausschusses verpflichtet, zunächst Expertinnen und Experten anzuhören und auf der Grundlage dieser Expertenempfehlungen Umsetzungsschritte zu verabreden, die der Politik dann zur Entscheidung vorgelegt werden. Sie hoffe, dass der Ausschuss trotz der CDU-Kampagne zu seiner bisherigen Arbeitsweise zurückfinden wird.

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Rohmeyer erkundigt sich nach dem Stellenwert der Tischvorlage von Frau Dr. Bollinger. Herr Henschen erläutert, dass Frau Dr. Bollinger diesen fachlichen Kommentar in Ergänzung der Anhörung von Herrn Prof. Dr. Fthenakis in der Fachausschusssitzung „Frühes Lernen“ erstellt habe und dass dieses Papier zu den Sitzungsunterlagen genommen werden solle. Herr Rohmeyer bittet darum, hierüber unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ noch einmal zu sprechen.

Frau Senatorin Jürgens-Pieper weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 4 gestrichen werden muss, da es hierzu noch keine Vorlage gibt. Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung angenommen.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 01.04.2008

entfällt, da neben der Anhörung lediglich kurze Terminkorrekturen vorgenommen wurden

TOP 3 Umgang mit Eingaben von Verbänden, Schulen, Schulleitungsgruppen an den Fachausschuss bzw. die Senatorin für Bildung und Wissenschaft

Frau Senatorin Jürgens-Pieper schlägt vor, die Eingaben nicht sofort bei Erhalt an die Mitglieder des Fachausschusses zu schicken, sondern sie zu bündeln und in eine Liste zu übertragen, die dem Fachausschuss bei seinen Sitzungen aktualisiert vorgelegt wird. Falls jemand die Unterlagen dann haben möchte, können diese zur Verfügung gestellt werden. Frau Senatorin Jürgens-Pieper beabsichtigt, vor der Verabschiedung des Schulentwicklungsplanes in der Deputation für Bildung (vorgesehen am 25.09.2008) Verbände und Schulleitungsververtretungen zu einer Anhörung einzuladen, so dass die einzelnen Gruppierungen die Möglichkeit haben, auch im Rahmen einer Deputationssitzung Stellungnahmen vorzutragen.

Die Abgeordneten Alpers, Stahmann, Rohmeyer und Dr. Buhlert möchten die Unterlagen möglichst rasch bekommen, um diese bei ihren Gesprächen vor Ort in die Diskussionen einbeziehen zu können. Dies betrifft auch die Stellungnahmen der Ortsämter und Beiräte zu den Runden Tischen, die sich erwartungsgemäß zu Standortfragen äußern werden.

Es wird verabredet, dass alle bisher vorliegenden Eingaben den Mitgliedern des Fachausschusses (einschließlich der ständigen Gäste) in Papierform zur Verfügung gestellt werden und dass die Stellungnahmen von Verbänden zusätzlich ins Netz gestellt werden.

(Anmerkung: Die bis Ende April 2008 eingegangenen Unterlagen sind den Mitgliedern des Fachausschusses inzwischen in Papierform zugeschickt worden.)

Herr Dr. Schwarz merkt an, dass der Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung im Juni das Empfehlungspaket I des Fachausschusses zum Schulentwicklungsplan beraten wird und dass das Votum des Jugendhilfeausschusses an die Senatorin für Bildung und Wissenschaft zurückgemeldet wird, so dass auch die freien Träger der Jugendhilfe in den Arbeitsprozess einbezogen sind. Frau Stahmann bittet um Einladung zu dieser Sitzung.

Frau Böschen bittet darum, auch Bremerhaven einzubeziehen. Herr Henschen berichtet, dass am 17.04.2008 ein Gespräch mit Herrn Dr. Paulenz und weiteren Beteiligten aus Bremerhaven stattfindet. Frau Stahmann erläutert, dass der Schulausschuss in Bremerhaven das Bedürfnis geäußert habe, näher an den Prozess in Bremen angebunden zu werden. Herr Eisenach kritisiert, dass in Bremerhaven der Ausschuss hinter verschlossenen Türen tage. Frau Senatorin Jürgens-Pieper nimmt den Wunsch nach Information gern auf, möchte aber nicht in das laufende Verfahren Bremerhavens eingreifen,

TOP 4 „Merkmale guter Schule“

Vertagt. In der Sitzung des Fachausschusses zu Ressourcen, Ausstattungsziele, Anreize am 27.05.2008 sollen die Merkmale einer guten Schule diskutiert werden.

TOP 5 Empfehlungen zum Schulentwicklungsplan

Herr Henschen erläutert Vorlage 9. Das vorliegende Empfehlungspaket sei aus dem laufenden Arbeitsprozess des Fachausschusses heraus erarbeitet worden, der noch nicht abgeschlossen ist. Nicht alle Anhörungen seien dabei so ergiebig gewesen, dass die Handlungsfelder des politischen Auftrags des Fachausschusses bedient werden konnten. In diesen Fällen wurden zunächst lediglich Prüfaufträge formuliert. Ansonsten haben die Empfehlungen einen direkten Bezug zu den Anhörungen.

Herr Güngör erläutert den gemeinsam mit Frau Stahmann vorgelegten Antrag, welcher als Ergänzung der Vorlage der Senatorin für Bildung und Wissenschaft zu verstehen sei und stärker konkrete Maßnahmen in den Blick nehme. Das Papier enthält zunächst nur Vorschläge für den Bereich „Frühes Lernen“. Für den Bereich der „Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund“ und „Qualitätsentwicklung von Unterricht – Umgang mit Heterogenität“ stehen Vorschläge noch aus. Herr Güngör betont die Kooperationsnotwendigkeit der beiden Ressorts Bildung und Soziales insbesondere bei der sprachlichen Förderung von Kindern. Sprachtests müssten nach seiner Einschätzung so früh wie möglich angesetzt werden, die eingesetzten Tests müssten einer genaueren Prüfung unterzogen werden.

Frau Senatorin Jürgens-Pieper hält es für wichtig, am Ende der Grundschulzeit einen zweiten Test durchzuführen, damit Kinder mit fortbestehenden Sprachproblemen an dieser Nahtstelle erkannt werden. Frau Stahmann ergänzt, dass aufgrund der geringen Ressourcen lediglich 15% der Kinder an der Förderung im Elementarbereich teilnehmen. Es sei herauszufinden, was die Maßnahmen für jedes einzelne Kind brächten, außerdem müssten alle Kinder, die Förderung bräuchten, diese erhalten. Weitere Schwerpunkte des Handlungsfeldes frühen Lernens bilden nach Auffassung von Frau Stahmann der muttersprachliche Unterricht, gemeinsame Bildungspläne, Weitergabe der individuellen Lern- und Entwicklungsdokumentation vom Elementar- in den Primarbereich, ein flexibler Schuleintritt und Doppelbesetzungen im Primarbereich, die ggf. Ressourcenveränderungen notwendig machten. Nicht in das gemeinsame Papier aufgenommen sei der Wunsch nach Einführung einer verpflichtenden Vorschule, da dies eine strukturelle Maßnahme bedeuten würde. Allerdings solle die Einführung einer Vorschule noch diskutiert werden.

Herr Dr. Buhler wünscht eine Verlegung der Ressort-Zuständigkeit für den Elementarbereich zum Bereich Bildung; eine Verzahnung reiche ihm nicht. Festgestellte Sprachdefizite müssten zu einer verbindlichen Förderung führen. Eine Datenübergabe vom Kindergarten zur Grundschule sei notwendig, beim Spracherwerb sei die Herkunftssprache und die Unterrichtssprache zu fördern.

Herr Rohmeyer sieht in der Vorlage Nr. 9 nichts Falsches, findet vieles aber zu unkonkret und würde der Vorlage daher so nicht zustimmen. Wichtig wäre ihm zu erfahren, wie die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales die Vorschläge umsetzen wolle. Eine gemeinsame Ressort-Verantwortung sollte aus seiner Sicht eingefordert und in die Beschlussfassung aufgenommen werden. Frau Senatorin Jürgens-Pieper hält es für grundlegend wichtig, dass der Fachausschuss sich positioniere, damit der Jugendhilfeausschuss sich dazu verhalten könne.

Herr Eisenach weist darauf hin, dass Migration nicht nur eine Frage der Sprachförderung sei, auch bei Einstellungen von pädagogischem Personal müsse dies stärker Beachtung finden. An der Konzeption des Sprachtestes sei zu bemängeln, dass er nur auslese, welche 20% der Kinder den größten Förderbedarf hätten. Es gäbe ggf. andere Test mit anderer Zielsetzung. Migration heiße auch, einen Blick auf den muttersprachlichen Unterricht zu werfen.

Herr Dr. Schwarz weist auf die lange entwickelten spezifischen Kulturen der beiden Ressorts Jugend und Bildung hin und sieht den Schwerpunkt in der weiteren Verbesserung der Kooperation. Das SGB 8 gebe vor, dass sich ein Jugendamt mit den Belangen des Elementarbereichs bzw. von Kindern und Jugendlichen zu befassen habe. Es sei auch nicht leicht, bei der Übergabe der Entwicklungsdokumentationen vom Elementar- in den Primarbereich die datenschutzrechtlichen Probleme aus dem Weg zu räumen. Eine möglichst klare Anfrage des Fachausschusses sei daher hilfreich. Die Rahmenpläne sowohl für den Elementarbereich wie für den Primarbereich liegen vor, zu klären sei ggf., ob sie die gleiche Konkretisierungsebene enthalten.

Ein integrierter Bildungsplan sei einem „geschlossenen“ vorzuziehen. Nach dem SGB seien die Institutionen der Jugendhilfe verpflichtet, Angebote zur Sprachförderung zu machen, eine Verpflichtung, diese Angebote wahrzunehmen, besteht - anders als im Schulbereich - nicht. Im Jugendhilfegesetz sei es schwer, Eltern zu verpflichten, dies sei im Schulgesetz eher zu verankern.

Frau Alpers spricht sich für eine langfristige strukturelle Verbindlichkeit der Zusammenarbeit aus, die über das individuelle Engagement vor Ort hinausgehe. Sprachtests müssten verbindlich sein und nicht erst im Alter von 5 Jahren ansetzen. Sie bittet um Aufnahme der Sprachförderpflicht unter S. 2, Punkt 1a, letzter Abschnitt: „... systematisch weitergegeben **und gefördert** werden können.“ Weiterhin müssten Eltern konkret in die Sprachförderung einbezogen, Doppelbesetzungen in Klassen eingerichtet und gemeinsame Lernzeiten zwischen dem Elementar- und dem Primarbereich festgeschrieben werden.

Herr Dr. Buhler bittet um Aufnahme des Aspekts der Diagnostik auf S. 5, Punkt 3.3., letzter Satz: „Hierzu gehört auch die Prüfung und Weiterentwicklung sozialindikatorgesteuerter **und diagnostikgesteuerter** Ausstattungsparemeter.“

Herr Henschen gibt zu bedenken, dass sich der Bildungsplan für den Elementarbereich im Implementationsprozess befindet und dass Instrumente nicht kurzfristig gewechselt werden sollten. Zu beachten sei außerdem bei der Konkretisierung der Empfehlungen der zeitliche Aspekt, da die Empfehlungen des Fachausschusses im Herbst vorliegen sollen.

Frau Senatorin Jürgens-Pieper betont, dass die Geschwindigkeit im Entwicklungsprozess der Verbindlichkeiten schneller werden müsse. Bei dem Procedere der Flexibilisierung der Einschulung z.B. liege Bremen im Vergleich zu anderen Bundesländern um 5 Jahre zurück.

Herr Güngör wünscht eine Konkretisierung des Punktes „Migration“ auf Maßnahmen hin. Frau Stahmann hält sowohl die indikatorgestützten als auch die diagnostikgestützten Ausstattungsparemeter in der Frage des Ressourceneinsatzes für wichtig. Im Bereich Migrantenförderung müsse die interkulturelle Pädagogik in die Ausbildung einfließen.

Herr Dr. Schwarz gibt zu bedenken, dass ein Satz des Papiers eine besondere Reaktion hervorrufen könne, S. 2, 1 b) 2. und schlägt folgende Änderung vor: „... , **um zu einem gemeinsamen** Bildungsplan für das frühe Lernen im Elementar- und Primarbereich zu gelangen.“ Frau Senatorin Jürgens-Pieper möchte das „Langfristig“ zu Beginn des Satzes streichen.

Nach der Beratung erfolgt die **Abstimmung**.

a) zum einleitenden Teil des Punktes 1

Herr Rohmeyer macht seine Zustimmung von einer gemeinsamen Ressortverantwortung von Soziales und Bildung - von 0 bis zum Schulabschluss - abhängig. Herr Dr. Buhler möchte sichergestellt wissen, dass die Weitergabe der Entwicklungsdokumentation von der Elementarstufe an die Primarstufe verpflichtend erfolgt. Frau Stahmann, Herr Güngör und Frau Böschen sehen die Frage der Ressortverantwortung als Strukturfrage an, deren Beschluss nicht vom Fachausschuss zu treffen, sondern im Senat zu entscheiden sei.

Herr Dr. Buhler schlägt vor, dass der Fachausschuss eine Empfehlung zu einer Ressortzusammenlegung aussprechen könne. Herr Rohmeyer stimmt diesem Antrag zu, Herr Güngör, Frau Böschen und Frau Stahmann lehnen ihn ab.

b) zu den Punkten 1a bis 1c

Frau Stahmann bittet darum, die Punkte aus dem gemeinsamen Ergänzungsantrag von SPD und Grünen den Empfehlungen der Vorlage 9 zuzuordnen, wobei

die Punkte 1, 2 und 3 der Empfehlung 1a

die Punkte 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 12 der Empfehlung 1b und

die Punkte 10 und 11 der Empfehlung 1c

zugeordnet werden sollen.

c) zu den Punkten 2 und 3

Die Empfehlungen zu 2. und 3. sollen um konkrete Maßnahmen ergänzt werden. Hier sollen sowohl von den einzelnen Fraktionen wie auch durch die Senatorin für Bildung und Wissenschaft Vorschläge gemacht werden. In einer zweiten Lesung sollen die Maßnahmen zu Punkt 2. und 3. der Empfehlungen diskutiert und verabschiedet werden.

Herr Rohmeyer möchte auf S. 4 im zweiten Abschnitt des Eingangstextes die Aussage über die „leistungsbezogene Homogenisierung“ gestrichen haben. Frau Senatorin Jürgens-Pieper schlägt vor, ein Originalzitat von Prof. Dr. Baumert einzufügen: „Die Grundannahme des drei-gliedrigen Schulsystems geht davon aus, dass durch die Homogenisierung von Leistungsgruppen – also schwächere und starke Leistungsgruppen so homogen wie möglich zusammensetzen – jede Gruppe optimal gefördert werden kann. Die jetzigen Befunde sagen aus, dass die leistungsbezogen besser zusammengesetzte Gruppe große Vorteile hat auf Kosten der scheinbar homogenen Gruppe am unteren Ende. Und die jüngsten Befunde, also Re-Analysen von PISA und der Längsschnittdaten sagen ganz deutlich: Das viergliedrige System – nimmt man die Gesamtschule als Konkurrenz noch hinzu – erzeugt am unteren Ende homogene leistungsschwache Gruppen...“ (ZS f. Schulmanagement 1/2008)
ggf. auch ein Zitat von Prof. Dr. Köller aus der Anhörung vom 01.04.2008: „... – gleichzeitig sehen wir, dass die Homogenisierung durch Differenzierung in der Sekundarstufe I die Schwachen im Wissenserwerb weiter schwächt und die Starken stärkt.“

Bei der Abstimmung über Punkt 3 der Vorlage 9 enthält sich Herr Rohmeyer. Frau Stahmann, Frau Böschen und Herr Güngör stimmen zu.

Herr Dr. Buhkert wünscht sich für die nächste Empfehlungsvorlage eine Zeilennummerierung, damit in der Diskussion ein Bezug leichter möglich ist. Es wird verabredet, dass in einer 2. Lesung Maßnahmen zu den Punkten 2. und 3. ergänzt werden.

Frau Senatorin Jürgens-Pieper bittet um ein Meinungsbild der nicht stimmberechtigten Mitglieder: Herr Dr. Buhkert würde bis auf die Frage Ressortzuständigkeit zustimmen, wobei auch die flexible Einschulung ein wichtiges Anliegen (Punkt 1 c) für die FDP sei. Frau Alpers stimmt zu, hätte aber gern Punkt 3 noch ausführlicher diskutiert. Herr Eisenach hätte ebenfalls gern noch Punkt 3 näher besprochen, er werde eine ausführliche Stellungnahme nachreichen, Frau Mobeus stimmt zu, möchte einen Maßnahmenkatalog nachreichen, die beiden Schülervertreter stimmen mit einer Einschränkung bzgl. des Bereichs der Heterogenität zu, die sie gern noch näher erläutert gewusst hätten. Herr Dr. Schwarz stimmt zu.

Frau Senatorin Jürgens-Pieper bittet die Mitglieder des Fachausschusses, ggf. schriftliche Eingaben zu den Punkten 2 und 3 zu machen, die in einer zweiten Lesung beraten werden sollen. Es wird vorgeschlagen, die zweite Lesung mit dem Empfehlungspaket II am 19.06.08 zu koppeln.

Frau Senatorin Jürgens-Pieper verlässt den Fachausschuss und übergibt Frau Stahmann die Leitung.

Verschiedenes

Herr Rohmeyer möchte auf das Thema „Umgang mit Expertenmeinungen (siehe Papier von Frau Dr. Bollinger)“ in Anwesenheit der Senatorin bei der nächsten Sitzung des Fachausschusses noch einmal eingehen.

Frau Alpers und Herr Eisenach wünschen sich mehr Zeit zur Diskussion.

Herr Staatsrat Othmer fordert für eine konkrete Diskussion über empfohlene Maßnahmen schriftliche Vorlagen ein.

gez. R. Jürgens-Pieper
Senatorin

gez. R. Beckmann u. K. Donalies
Protokollantinnen